

MARCUS HAWEL

Die normalisierte Nation?

Verdinglichte Vergangenheitsbewältigung
und interventionistische Außenpolitik

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. September 2007 schreibt Christian Hacke, »die Geringschätzung der positiven Normalisierungsleistungen der Bundesrepublik« machten die Lektüre meines Buches zu oft zu einem Ärgernis. Darunter falle auch, dass ich die »Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht als Sicherheitsvorsorge, sondern als Ausdruck neuen Machtstrebens« bewerte.

In der Tat unterscheidet sich hier die konservative von einer linken Bewertung des Normalisierungsgebarens: Während den Konservativen ärgert, schon wenn er liest, was ist, so ärgert es den Linken, dass ist, was er liest.

Aufgearbeitete Vergangenheit?

Mitte der 1990er Jahre, als sich die Befreiung von Auschwitz zum 50. Mal jährte, konnte man den Eindruck gewinnen, dass in der Öffentlichkeit eine umfassende Aufarbeitung der deutschen Barbarei weitgehend im positiven Sinne stattgefunden hat. Aber der Umgang mit der Schuld war auch eine Demonstration des gewachsenen Abstandes zum Vergangenen. Das umfassende Schuldeingeständnis konnte deshalb so unbefangen erscheinen und hatte den Charakter eines abschließenden Rituals. Es ging über in eine mit dem Duktus der Selbstverständlichkeit gehaltene Normalitätsdebatte, in der stolz auf die mittlerweile 50-jährige Tradition rechtstaatlicher Demokratie und militärpolitischer Zurückhaltung hingewiesen wurde. Deutschland gilt seitdem in der Welt als ein vorbildlicher Staat im Umgang mit der eigenen katastrophischen Vergangenheit und als ein durch und durch westliches Land.

Die westlichen Werte sind allein allerdings kein Garant für Frieden und Freiheit, denn sie sind in hohem Maße ambivalent. Gerade in der westlichen Moderne ist auch das Potential aufgehoben, welches in die Katastrophe führte. Die nationalsozialistische Barbarei war nicht das abstrakte Gegenteil zur westlichen Zivilisation, sondern deren Schattenseite. In diesem Sinne war die Katastrophe kein »Rückfall in die Barbarei«, sondern in ihrer ideologischen Revolte gegen die Moderne sehr modern. Darauf aufmerksam zu machen, war die Intention von Max Horkheimers und Theodor W. Adornos philosophischen Fragmenten der *Dialektik der Aufklärung* gewesen.

Zum 60. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz, zeigte sich dann, dass die normalisierende Tendenz längst in einem umfassenden Konsens manifest geworden war. Bernd Ulrich faßte in der *ZEIT* vom 27. Januar 2005 diesen zusammen: »Auschwitz war ein sin-

Marcus Hawel – Jg. 1973; Dr. phil., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover; seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V.; zuletzt in UTOPIE kreativ: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären, Heft 205 (November 2007).

guläres, ein deutsches Verbrechen; Deutschland wurde befreit; die Jüngeren müssen die Verantwortung für den Holocaust übernehmen; Freiheit liegt für uns nicht im Verdrängen, sondern in der Erinnerung; und man kann nicht aus dem Schatten treten, den man selber wirft. Richard von Weizsäcker und Jürgen Habermas, der Präsident und der Philosoph, haben gegen Ernst Nolte und Martin Walser, den Historiker und den Dichter, obsiegt. Das Thema Auschwitz ist seither in Deutschland weitgehend außer Streit gestellt, die Sache scheint befriedet und geklärt.« Schuld werde sich umfassend eingestanden und erschüttere nicht mehr bis in die Grundfesten. »Das Nie-Wieder ist und bleibt die ungeschriebene zweite Präambel unseres Grundgesetzes, eine fundamentale, aber in den meisten Bereichen mittlerweile ungenaue Orientierung.« Die richtige Interpretation der Vergangenheit habe sich durchgesetzt. Es bestehe die Gefahr nicht mehr darin, dass Auschwitz verdrängt werde, »sondern dass man hinschaut, ohne Schmerz zu empfinden, ohne sich in seinem Deutschsein und seinem Menschsein wirklich verunsichern zu lassen.«

Verdinglichtes Ritual einer isolierten Erinnerungspraxis

Horkheimer und Adorno schreiben in der *Dialektik der Aufklärung*: »Alle Verdinglichung ist ein Vergessen«. Und genau durch diesen Satz wird seit längerem die bundesrepublikanische Gedenkkultur im öffentlichen Raum charakterisiert, die längst einem verdinglichten Ritual gleicht. Der Biowissenschaftler Jens Reich verglich die »routinierte öffentliche Aufarbeitung von Geschichtsterminen« in der Bundesrepublik mit dem öffentlich praktizierten verdinglichten Antifaschismus in der DDR: »Der Antifaschismus der DDR hatte auch diesen stereotypen Charakter, aber von der eingebildeten Siegerseite her, während in der Bundesrepublik der Betroffenheitsgestus gepflegt wird« (*DIE ZEIT* vom 27. Januar 2005).

An den regelmäßig immer wiederkehrenden Gedenktagen – etwa das Attentat auf Hitler vom 20. Juli oder die Befreiung von Auschwitz – werden Kränze niedergelegt und über die Medien Bilder von ernsten Minen um die Welt geschickt; es werden Sonntagsreden gehalten und Essays für das Feuilleton geschrieben, in denen immer wieder das gleiche gesagt wird. Ganz sicher ist es in der Regel zutreffend, an was an den Gedenktagen öffentlich gemahnt wird. Aber das Ritual der Erinnerung ist verdinglicht. Und alle Verdinglichung ist ein Vergessen. Die Erinnerungsrituale gleichen darin den Monumenten: sie halten Geschichte nicht lebendig. Was dem Monument eigentümlich ist, aus Stein zu sein, gilt auch für die gegenwärtige Form der öffentlichen Erinnerung und fürs Bewusstsein: Sie werden innerlich zum petrifizierten Fossil. Diese Versteinerungen tragen nicht die wahre Geschichte in sich und dringen nicht bis in das Bewusstsein vor, sondern tragen zum Vergessen, zum Vorbeisehen bei. Schnell ist das zu Erinnernde ersetzt durch eine Leerstelle oder ein anderes aus in der Gegenwart erfundenen Traditionen, die Züge seines Gegenteils in sich transportieren und zum Zwecke gegenwärtiger Interessen instrumentalisiert werden.

Die öffentliche Erinnerungspraxis ist als Bestandteil der Kultur – wie Kultur insgesamt – verklausuliert, das heißt von sämtlichen Be-

reichen der staatlichen Politik (Soziales, Wirtschaft, Außen) isoliert, in diesem Sinne abstrakt und im Feuilleton mehr oder weniger eingesperrt. Dahinter scheint ein systemischer Zweck zu stehen, denn die Gedenkkultur kann umso lebhafter nur *erscheinen* und tiefe Einsichten zu Tage fördern, je weniger zu befürchten ist, dass aus diesen Wahrheiten ernsthafte praktische Konsequenzen für die Organisation von Staat und Gesellschaft folgen müssten. Stattdessen gilt das »Versprechen der Normalität« als eingelöst. Der Anspruch einer hergestellten Normalität dient zur Abwehr von weiteren praktischen Konsequenzen.

Wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit – darauf wies schon Adorno hin – findet aber nicht nur im Geiste statt: Sie hat auch wie die Bildung eine gegenständliche Seite. Eine lebendige Gedenkkultur, die nicht zum Vergessen beiträgt, wäre nicht bloß moralisch, sondern mischte sich in sämtliche relevanten Politikfelder ein und trüge zur Bildung *des* gesellschaftlichen Ganzen bei.

Die offene Wunde Auschwitz

Ende der 1950er Jahre bemerkte Helmuth Plessner in seinem Buch *Die verspätete Nation*, dass Erneuerung nicht gelingen kann, wenn sich dagegen verschlossen wird, die Vergangenheit zu begreifen und aufzuarbeiten. »Welchen Weg die Nation zu gehen hat, wird ihr durch die objektiven Möglichkeiten zur Wahl gestellt. Aber dass sie ihn nicht gehen kann, wenn sie mit sich selbst zuvor nicht ins Reine gekommen und über sich selber nicht klar geworden ist, diese einfache Regel menschlicher Sauberkeit sollte auch in einer Zeit der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit niemals vergessen werden.« Schon in den frühen Jahren der Bundesrepublik war der Ruf nach »Schlussstrich« und »Normalität« zu vernehmen, zu einem Zeitpunkt also, als von einer Aufarbeitung der Vergangenheit, aus der weitreichende Konsequenzen für die Gestaltung und Organisation des deutschen Staates zu ziehen wären, nicht die Rede sein konnte.

Es ist alles andere als suspekt, sondern moralisch und politisch geboten, die Erinnerung und Aufarbeitung der Katastrophe wachzuhalten, damit aus ihr Lehren und praktische Konsequenzen gezogen werden können. Jan Ross scheint anderer Ansicht zu sein. In der *ZEIT* vom 27. Januar 2005 heißt es bei ihm unter dem Titel »Wie weit weg liegt Auschwitz?«: »Es wäre (...) suspekt, die Erinnerung an den Holocaust vor allem deshalb wachzuhalten, damit daraus Lehren gezogen werden, wie gute und edle auch immer. Die Ermordeten haben einen Anspruch darauf, dass ihrer und ihres Schicksals um ihrer selbst willen gedacht wird, nicht zu Zwecken der Nachwelt.« Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Die Ermordeten und die Überlebenden sowie auch die Nachgeborenen haben einen Anspruch darauf, dass Auschwitz oder ähnliches sich nicht wiederholt. Erinnerung und Aufarbeitung sind identisch. Aufarbeitung ist aber nicht bloße Erinnerung, sondern zum einen der Versuch, das Unbegreifliche zu begreifen, und zum anderen aus dem Begriffenen praktische Konsequenzen folgen zu lassen, die verhindern, dass sich Auschwitz oder Ähnliches wiederholt. Mit anderen Worten: Die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in die Katastrophe geführt haben, müssen überwunden werden. Solange dies

nicht geschieht und stattdessen sich »nur« moralisch erinnert wird, bleibt Auschwitz mehr als bloß lebendig: eine offene Wunde.

Auch Bernd Ulrich muss ich widersprechen, da er für die Beschäftigung mit Auschwitz eine »Regel« konstatierte: Wenn die Beschäftigung mit Auschwitz »nicht zutiefst verstört, immer wieder, zumindest immer mal wieder, dann ist etwas daran falsch« (*DIE ZEIT* vom 27. Januar 2005). Ganz sicher gibt es in der Wissenschaft – und nicht nur dort – das abwehrende Phänomen der Rationalisierung. Aber nicht jede nüchterne Betrachtung zu Auschwitz ist eine Rationalisierung. Jeden emphatischen Wissenschaftler dürfte die Beschäftigung mit Auschwitz auch verstören, nur ist das nicht gerade für die Öffentlichkeit geeignet. Soll (wissenschaftlich) das Unbegreifliche versuchsweise begriffen werden, darf man sich nicht nur verstören lassen. Moshe Zuckermann schreibt in seinem Essay zur neuen deutschen Normalität *Gedenken und Kulturindustrie*: »dass dieses (Hinschauen, Zuwenden – M. H.) unerträglich werden kann, soll nicht bestritten werden; da schaut man in der Tat nicht so ›gerne‹ hin. Aber kein Weg, der sich adäquater Erinnerung an Auschwitz rühmt, führt daran vorbei.«

Darf man sich im Angesicht der Monstrosität gegen diese kaltmachen, um im Gegenzuge das Unfassbare zu begreifen? Darf man Auschwitz begreifen wollen? – Ich denke, man darf es nicht nur, man muss es auch. Es ist die Aufgabe der Nachgeborenen, deren Gnade ansonsten schnell zu einer neuen Schuld verkommen kann. Man muss – mit Walter Benjamin gesprochen – durch die »Eiswüste der Abstraktion« gehen, das heißt einen Teil der bürgerlichen Kälte mobilisieren, von der Horkheimer und Adorno sagen, sie habe Auschwitz erst möglich gemacht. Der Begriff zielt aufs Allgemeine – lässt sich Auschwitz aber verallgemeinern? Das steht dem Befund der Singularität entgegen, gleichwohl ist das Wesen von Auschwitz als Latenz und Tendenz in jeder modernen Form von Gewalt enthalten.

Will man dagegen darauf beharren, dass die Beschäftigung mit Auschwitz verstören müsse, ansonsten sei sie falsch, nötigt man die Beschäftigung mit Auschwitz, das Gedenken, Erinnern und die Aufarbeitung in einen Kreislauf, der der Katastrophe mythische Züge verleiht, so dass die Katastrophe nur unbegriffen und nur verstört zur Kenntnis genommen werden kann. Man wäre aber nicht imstande, *wirkliche* praktische Konsequenzen, die bis heute umgangen worden sind – etwa für die Außenpolitik – zu folgern. Geforderte Verstortheit ist ein verdinglichter Umgang mit der Vergangenheit im öffentlichen Raum des Erinnerns und Gedenkens: eine Praktik der Abwiegung und des Vergessens. Hat am Ende diese Praxis Methode, um zu verhindern, dass allzu radikale Konsequenzen gezogen werden müssten?

Das am 23. Mai 1949 zunächst provisorisch nur für Westdeutschland verkündete und bis heute gültige Grundgesetz, trägt eine explizit antifaschistische Handschrift, die insbesondere in den ersten 20 Artikeln zum Ausdruck kommt. Sämtliche Artikel – von der Untastbarkeit der menschlichen Würde über die Freiheit der Meinungsäußerung bis hin zum Sozial- und Rechtsstaatsgebot – sind Konsequenzen, die aus der faschistischen Vergangenheit gezogen wurden. Die Normen haben einen postulativen Charakter. Die Ver-

fassungswirklichkeit hat sich jedoch der Verfassungsnorm in den mehr als 50 Jahren »erfolgreich praktizierter Demokratie« nicht angenähert, sondern davon entfernt.

Deutschland beteiligt sich direkt oder indirekt an Kriegen: im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak, obwohl diese völkerrechtswidrig sind. Das Grundgesetz verbietet einen Angriffskrieg, der von deutschem Boden ausgeht und stellt schon die Vorbereitung eines solchen unter eine lebenslängliche Freiheitsstrafe. Die Bundeswehr wird als reine Verteidigungsarmee bestimmt. Inzwischen ist der Begriff der Verteidigung total entgrenzt: Nach den Worten Peter Strucks wird Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt. Der Anspruch einer hergestellten Normalität dient mithin zur Abwehr von praktischen Konsequenzen, die sich aus den Normen unserer Verfassung ergeben.

Die verändernde Praxis des Eingedenkens

Für ein weiterführendes Verständnis, warum ich die angeblich »positiven Normalisierungsleistungen der Bundesrepublik« so geringschätze, wie Christian Hacke in der *FAZ* schreibt, möchte ich den Geschichtsbegriff von Walter Benjamin in Erinnerung rufen. Geschichte ist für ihn nicht vergangen. Sie hat etwas Unabgeholtenes, das in die Gegenwart ragt, dort Raum einnimmt und Geltung besitzt. Die Aufgabe des Eingedenkens ist es, das Unabgeschlossene der Geschichte zu vergegenwärtigen.¹

Das Normalitätsparadigma soll diese Verstrickung ausblenden und entsorgen. Der Literaturwissenschaftler Heinz Brüggemann schreibt, es gehe den Normalisierern darum »den Nachhall der Klage aus der Geschichtswissenschaft zu vertreiben, den Opfern der Verbrechen historisch das Recht zu verweigern, Interaktionspartner unserer gegenwärtigen Erfahrung zu sein, den Nationalsozialismus zu »historisieren«, sprich: seine Geschichte zu etwas abgeschlossenem zu machen, ihn einzubetten in den Fluss der Universalgeschichte, ihn zu einem Bild der Vergangenheit zu machen, das mit unserer Gegenwart verschwinden soll, weil sie sich in ihm nicht mehr als gemeint erkennen will.«²

Aufarbeitung der Vergangenheit bedeutet nach Walter Benjamin vor allem auch verändernde Praxis. Nicht bloß ein immer wiederkehrendes Ritual des Bekennens und ansonsten des Weitermachens. Überhaupt geht es Benjamin um alles andere als ums Weitermachen. Er plädiert für das »Aufsprengen des geschichtlichen Kontinuums« durch das »Anhalten der Zeit«. Er plädiert für das Ziehen der Notbremse des in einem Zug dahinrasenden kopflosen Menschengeschlechts. Erst wenn der Zug zum Stehen kommt, können wir uns auf unsere Gegenwart besinnen: auf das Liegegebliebene und Uneingelöste in der Geschichte; auf den Weg, den wir einschlagen, und die Geschwindigkeit, mit der wir fortfahren wollen, statt von einem Sachzwang in die nächste Zwangslage zu geraten. »Eine Gesellschaft kann sich nur dann wirklich verändern, wenn sie genau hinsieht, auf welchen Trümmern sie steht«, schreibt Nele Reuleaux ganz treffend in ihrer Dissertation *Nationalsozialistische Täter*³, in der es um das intergenerative Fortleben des Nationalsozialismus geht.

1 Vgl. Sven Kramer: *Auschwitz im Widerstreit. Zur Darstellung der Shoah in Film, Philosophie und Literatur*, Wiesbaden 1999.

2 Heinz Brüggemann: *Die Erfahrung des Eingedenkens – Walter Benjamin*, in: Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hg.): *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller*, Hannover 2000, S. 11-38; hier S. 32.

3 Vgl. Nele Reuleaux: *Nationalsozialistische Täter. Die intergenerative Wirkungsmacht des malignen Narzißmus*, Gießen 2006, S. 19.

Darum hat Utopie auch etwas mit Erinnerung zu tun: dem Aufsammeln von Liegeengebliebenem, dem Zusammenfügen von Trümmersteinen. So besehen, wird Geschichte zu einer Konstruktion, der ein emanzipativer Sinn beigelegt ist. »Auf den Begriff einer Gegenwart, die nicht Übergang ist, sondern in der Zeit einsteht und zum Stillstand gekommen ist, kann der historische Materialist nicht verzichten. Denn dieser Begriff definiert eben die *Gegenwart*, in der er für seine Person Geschichte schreibt«, so Walter Benjamin.

Die herrschende Praxis der Normalisierung der deutschen Nation – insbesondere in der Außenpolitik – hat grundlegend mit diesen Gedanken nichts zu tun. Sie folgt dem Gedanken von Carl Schmitt, den dieser 1922 in seiner politischen Theologie niedergeschrieben und zur Normalität gemacht hat: wonach Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt.

Walter Benjamin hat in seinen Geschichtsthesen den »wirklichen Ausnahmezustand« dagegehalten: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ›Ausnahmezustand‹, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, dass die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, dass die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ›noch‹ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, dass die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.«⁴

Geschichtswissenschaft, die sich selbst nicht als umformende Praxis begreift, ist alles andere als kritisch. Die Selbstblockade auf der gedanklichen Ebene führt schließlich auch zu einer politischen Blockade der Emanzipation.⁵ Und umgekehrt.

Die gedankliche und die politische Blockade der Emanzipation sind nicht unmittelbar sichtbar. Weil das neue Machtstreben als Sicherheitsvorsorge getarnt wird und – wie etwa im NATO-Krieg gegen Serbien – vorgibt, ein zweites Auschwitz verhindert und damit die richtigen Konsequenzen aus der deutschen Vergangenheit gezogen zu haben, müssen die Blockaden erst kenntlich gemacht werden. Von Menschenrechten, die mit militärischen Interventionen geschützt oder wieder hergestellt werden, ist in unserer Zeit viel die Rede. Aber Adornos kategorischen Imperativ aus der *Negativen Dialektik*, »Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«, vermag ich hier nicht wiederzuerkennen.

Darum antworte ich in meinem Buch mit einer Kapitalismuskritik: Wenn Staaten die Menschenrechte als Bedingung allen Handelns einklagen, ist das inkonsequent, wenn nicht zugleich auch der Mechanismus, der die Wiederkehr der Barbarei aus dem Zentrum dieser Gesellschaft heraus stets möglich macht, bekämpft wird. Dieser Mechanismus ist der Motor für die Menschenrechte. Dem Wesen nach verbirgt sich hinter der Idee der Menschenrechte historisch die Moral der Ökonomie. Die *Kritik der politischen Ökonomie* von

4 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Frankfurt/M. 1974, S. 691-704, These VIII.

5 Vgl. Olaf Berg: Benjamin und Deleuze: Ansätze für eine kritische Geschichtswissenschaft in Filmbildern, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 12. Jg., Nr. 22/23 2006, S. 68-98; hier S. 74.

Marx zeigt auf, wie die Menschen nach der ökonomischen Rationalität des Äquivalententauschs sich gegenseitig als Personen anerkennen. Damit die Waren aufeinander bezogen werden können, müssen diese von den Warenbesitzern auf den Markt getragen werden. Es bedarf des gemeinsamen, gewaltfreien Willensaktes, die Waren aufeinander zu beziehen. Die Personen erkennen sich gegenseitig im Tausch als Personen, als Privateigentümer an. Die Form dessen ist der bürgerliche Vertrag, in dessen gemeinsamen Willensverhältnis sich das scheinbar gewaltlose – das ökonomische Verhältnis – widerspiegelt.⁶ So setzte sich mit dem Wertgesetz unter der Prämisse des Privateigentums allgemein das Menschenrecht durch: Die Welt der gegenseitigen Anerkennung von Herren und Knechten, in der sich die unmittelbaren Herr-Knechtschaftsverhältnisse in vermittelte transformierten. Dieses scheinbar gewaltfreie ökonomisch-rationale Verhältnis ist das versachlichte Resultat des vorangegangenen, gewalttätigen Kampfes um Anerkennung auf Leben und Tod. Diese Geschichte haben sämtliche westlichen Nationalstaaten durchgemacht. Man kann sagen, die Menschenrechte sind mit Blut und Feuer in die Annalen der Geschichtsbücher eingegangen. Das kapitalistische Wertgesetz setzte sich maskiert unter dem Schleier der Menschenrechte durch und steht als letzter Grund auch heute noch hinter jeder bürgerlichen Apologie der Menschenrechte. Was in Europa als ethische Wertgemeinschaft bezeichnet wird, verdient daher eher als Mehrwertgemeinschaft bezeichnet zu werden.

In der heutigen Zeit wird mit Gewalt das Menschenrecht dort zu erzwingen versucht, wo das Wertgesetz sich noch nicht vollständig durchsetzen können. Das Kapital benötigt Gewaltfreiheit auf der Oberfläche, die durch ein staatliches Gewaltmonopol gewährleistet wird, abstrakte Rechtsgleichheit, Vertragssicherheit, ökonomische Freiheit. Das sind die basalen Knochen des Skeletts der Menschenrechte. Was aber im Kapitalismus Frieden heißt, ist nicht einmal die Abwesenheit von Krieg, sondern der mehr oder minder versteckte, ökonomische Bürgerkrieg der Konkurrenz aller gegen alle. Dieser ökonomische Krieg ist die Normalform bürgerlicher Gewalt. Solcher Frieden ist schon nicht das wahre Eden der Menschenrechte, wie es der Schein von Gewaltlosigkeit in der Zirkulationsphäre glauben machen möchte. Natürlich ist ein solcher Zustand allemal einem vorzuziehen, wo es nur das Faustrecht des Stärkeren gibt, und der Mensch dem Menschen ein Wolf sein muss, um zu überleben. Der wahre Frieden, die wahre Gemeinschaft, in dem die Menschenrechte zu sich selbst gekommen sind, ist aber erst in einer Gesellschaft möglich, die sich vom kapitalistischen Wertgesetz befreit hat, so dass die Menschen nicht mehr als leere, dingliche Warenhüter gelten, sondern das gesellschaftliche Leben auf ihre individuellen Bedürfnisse und Begehren abgestimmt ist; wo jeder so sein kann, wie er ist, ohne dem Terror des Allgemeinen ausgesetzt zu sein; wo jeder ungezwungen anders sein darf, ohne Hass zu provozieren.⁷

Was ich hier kapitalismuskritisch skizziert habe, ist die Normalität unserer Welt. Und »so müßte eine Untersuchung dartun, daß die zeitgemäße Krankheit gerade im Normalen besteht«, heißt es bei Adorno. Mich treiben gegen die skizzierte Normalität die drei

6 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1, in: MEW 23, S. 99.

7 Marcus Hawel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2007, S. 250 f.

großen kategorischen Imperative an, wie sie von Kant, Marx und Adorno formuliert wurden.

Adorno schreibt in seiner *Negativen Dialektik*, dass Moral nur im »ungeschminkt materialistischen Motiv« überlebe. Dem Kapitalismus unmaterialistisch, gleichsam bloß moralisch anzugehen, hieße, ihm den »Schleier der Maja« anzuhängen, unter dem wir dann leben und alles nur noch verschleiert wahrnehmen. Das soll heißen: Der Kapitalismus funktioniert nicht nach den Maßstäben guter Moral, da er wesentlich auf Ausbeutung und Profitmaximierung beruht.

Moral ohne materialistisches Motiv findet sich in Kants kategorischem Imperativ, so zu handeln, dass das individuelle Handeln zur allgemeinen Maxime des Handelns werden könne. Und: Behandle den Menschen niemals bloß als Mittel, sondern immer zugleich auch als Zweck. Kants allgemeines Sittengesetz führt – konsequent, das heißt »ungeschminkt materialistisch« weitergedacht – zu dem von Marx in seiner Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie formulierten kategorischen Imperativ: »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«⁸

Was hat Marx dazu veranlasst, den moralischen Imperativ an das Subjekt in einer praktischen Kritik des Kapitalismus aufzuheben? In seiner Kritik der politischen Ökonomie zeigt er auf, dass die Kapitalisten aufgrund des Konkurrenzprinzips »bei Strafe ihres Untergangs« dazu gezwungen sind, den Menschen als bloßes ökonomisches Mittel (Ware Arbeitskraft) und nicht zugleich auch als Zweck (Menschwerdung des Menschen) zu behandeln. Die Menschen verstoßen im Kapitalismus gezwungenermaßen gegen Kants Sittengesetz, indem die Menschen als Dinge behandelt werden; er ist also sittenwidrig.

Und Adorno hat gesehen, in welche moralische Katastrophe die verdinglichende bürgerliche Kälte, die aus dem Wertgesetz resultiert, führen kann, wenn sie auf eine historisch ungünstige Konstellation trifft. Darum formulierte er den dritten kategorischen Imperativ, in welchem die vorangegangenen von Kant und Marx aufgehoben sind: »Hitler hat dem Menschen im Stande seiner Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«

Der Moralphilosoph Karl-Otto Apel hatte 1987 in seinem berühmten, heute vergessenen Essay *Zurück zur Normalität?*⁹ gefragt: »Könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben?« An Apels Begriff einer postkonventionellen Moral knüpfte Jürgen Habermas an und entwickelte sein Konzept einer »postnationalen Konstellation«. Beides ist heute längst zu Grabe getragen.

In der Tat lasse ich die Katze aus dem Sack, wie Christian Hacke meint, wenn ich die ursprünglichen Gedanken von Karl-Otto Apel und Jürgen Habermas und vor allem von Adorno weiterführe und schreibe: Nicht nur ein *anderes* Deutschland, sondern auch eine *andere* Welt: eine Welt ohne Nationalstaaten, das heißt auch ohne Deutschland müsse entstehen.

8 Karl Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

9 Karl-Otto Apel: Zurück zur Normalität? – Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des weltgeschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in: Ders.: Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt/M. 1990, S. 370-474.

Wenn auf die Kritik des Normalisierungsgebarens nun mit der Parole begegnet wird: »Bloß keine neuen Sonderwege!«, dann betrachte ich das als eine obszöne Umkehrung der Vorzeichen des einstigen Sonderwegstabus. Dabei wird das Sonderwegstabu in Anschlag gebracht, obwohl Deutschland – und auch die EU – nicht einmal annähernd auf dem Niveau britischer, französischer oder amerikanischer Liberalität angekommen ist.

Habermas selbst sagt, bei der EU handele es sich um die erste postnationale Demokratie der Welt. Ich teile diesen Gedanken nicht vollständig. Die EU ist immer weniger ein postnationales Gebilde, sondern erhält den nationalstaatlichen Rahmen am Leben. Die EU ist auch nicht wirklich ein demokratisches Gebilde; jedenfalls weist sie ein starkes Demokratiedefizit auf, von dem wir nicht erwarten dürfen, dass es von den demokratiemüden herrschenden Eliten selbst beseitigt wird.

Insbesondere das außenpolitische Problem, welches auf der Ebene der Realpolitik dringend gelöst werden muss, verbindet sich mit der Frage nach dem verantwortlichen Umgang mit den eigenen wie auch den fremden Gewaltpotentialen, um Kriege einzuzugrenzen oder gar zu verhindern. Wenn Streitkräfte auf Angriffspotentiale verzichten, kommt mehr Sicherheit in die Staatenwelt. Deutschland und Europa wären erst dann Friedensmächte, wenn die Streitkräfte mit maximal ausreichendem Umfang in Form von Verteidigungsstreitkräften ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung ihrem strikten Wortsinn nach ausgerüstet und eingesetzt werden würden. Die Mitwirkung an UNO-Einsätzen im Sinne der UN-Charta und KSZE ohne Kampfauftrag – jedoch mit der einzigen Ausnahme, wenn es darum geht, einen Völkermord der Dimension von Auschwitz zu verhindern –, scheint geboten, muss aber mit einer maximalen Ausweitung der Entwicklungshilfen, der maximalen Abrüstung und dem radikalen Stopp von Rüstung und -exporten einhergehen. Für militärische Einsätze der Europäischen Union bedürfte es wenigstens einer demokratischen Kontrolle durch das EU-Parlament, das heißt eines Parlamentsvorbehaltes wie er für Deutschland im Grundgesetz verankert ist, seit einiger Zeit aber stetig ausgehöhlt wird. Schließlich müsste gelten, dass äußere Souveränität dadurch ausgeübt wird, indem auf sie verzichtet wird, wie Stefan Brunner schreibt, »*positiv* durch Mitwirken am Bau einer vernünftigen Welt.«¹⁰ So verstandene Souveränität wäre das direkte Gegenteil des Diktums von Carl Schmitt, wonach Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt.

Europa wäre dann eine Friedensmacht, wenn es von der Umsetzung einer europäischen Militärstaatlichkeit ablässt und auf die »Weltintegration Europas« setzt. »Die Frage lautet daher im Grunde, ob Europa so fortfahren soll wie bisher, nur in größerem Maßstab, oder ob sich auch für die Europäer der Gedanke der Integration, der zur Institutionalisierung Europas geführt hat, als Leitlinie für ihre Weltpolitik erweist.«¹¹ Anders gesagt: Eine angemessene Inanspruchnahme von Normalisierung würde unter anderem darin bestehen, dass die Integration der Welt am Beispiel Europas fortgeführt wird. Jedenfalls nicht darin, einer von Deutschland dominierten EU die Attribute einer imperialistischen Großmacht zu verschaffen, die

10 Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993, S. 226.

11 Ebenda, S. 223.

sich im globalen Kräftespiel mit China, Russland und den USA misst.

An dieser Stelle wie Christian Hacke in der *FAZ* von konservativer Seite oder wie Peter Bierl in der *Jungle World* von antideutscher Seite zu entgegnen, es solle also wieder einmal am deutschen und jetzt auch am europäischen Wesen die Welt genesen, ist für mich ganz unstrittig eine Pervertierung der ursprünglichen chauvinistischen Anmaßung, die sich selbst nach wie vor nationalistisch geriert, jedenfalls weit hinter den Gedanken der internationalen Solidarität zurückfällt.